

Änderungsantrag Nr.

TE004

Beantragt von

[kathi](#) 11:35, 22. Mär. 2010 (CET)

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

- A) grundsätzliche + B) praxisnahe Reformvorschläge für Urheberrechtsprobleme in Bildung und Wissenschaft
- wichtige Positionierung in Bezug auf den 3. Korb der Urheberrechtsnovelle (der -theoretisch- der "Bildungs- und Wissenschaftskorb" werden soll)
- KOMPLETT NEU FORMULIERT, pointierter + allgemeiner, ohne Aufzählung

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

In Bezug auf das Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, Kapitel 1 Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung ([http://wiki.piratenpartei.de/images/2/20/Parteiprogramm LaTeX.pdf](http://wiki.piratenpartei.de/images/2/20/Parteiprogramm_LaTeX.pdf)) möge die Bundesmitgliederversammlung beschließen, das Grundsatzprogramm dort wie folgt zu ergänzen:

[neuer Programmunterpunkt:] *Bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht*

Der freie Zugang zu Information und Bildung ist für die Piraten ein elementares Grundrecht. Der Staat muss für dieses Sorge tragen, um die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft, zu ermöglichen. Andererseits stellt die freie Entfaltung und aktive Förderung von Bildung und Wissenschaft heute eine unabdingbare Grundlage für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dar.

Daher fordern die Piraten die Formulierung eines allgemeinen Nutzungsprivilegs für Zwecke der Bildung und Wissenschaft im deutschen Urheberrechtsgesetz, ähnlich dem Fair-Use-Prinzip im Copyright-System der USA.

Grundsätzlich halten wir die Schrankenbestimmung bezüglich Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch weder inhaltlich noch formal für zumutbar. Wir treten stattdessen für eine Generalklausel ein, die alle Benutzungshandlungen legitimiert, die dem öffentlichen Interesse dienen und die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft befördern. Insbesondere sind dies nichtkommerzielle und transformative Nutzungen bestehender Werke.

Da eine solche Reform heute in weiter Ferne scheint, fordern die Piraten davon unabhängig eine sofortige Überarbeitung des

Urheberrechtsgesetzes in Punkten, die den Informationszugang von Personen und Einrichtungen der Bildung und Wissenschaft unmittelbar betreffen.

Zur Förderung von Open-Access-Publikationen in Bildung und Wissenschaft schlagen wir die Einführung eines allgemeinen und unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrechts für die hier tätigen Urheber vor.

Des Weiteren meinen wir, dass die öffentlichen Zugänglichmachung von geschützten Werken für Unterrichts- und Forschungszwecke zustimmungs- und vergütungsfrei sein sollte. Insbesondere müssen hier die Bedingungen für den Unterricht an Schulen verbessert werden und jegliche überwiegend durch die öffentliche Hand finanzierte Forschung in diese Schranke einbezogen werden.

Ebenso muss die öffentliche Wiedergabe von geschützten Werken in Schulen und sozialen Einrichtungen ohne Einschränkungen zustimmungs- und vergütungsfrei gestellt werden. Wir fordern zudem, dass alle Einschränkungen in den Regelungen zur Wiedergabe von Werken an elektronischen Leseplätzen und zum elektronischen Kopienversand auf Bestellung beseitigt werden, sodass diese technischen Möglichkeiten in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen umfassend genutzt werden können.

Aufgrund der Problematik, dass verwaiste und seit längeren Zeiträumen nicht mehr verwertete Werke in ihrer Nutzbarkeit stark eingeschränkt sind, ist eine weitreichende und nachhaltige Regelung zur öffentlichen Zugänglichmachung dieser Werke dringend geboten. Elektronische Zugänglichmachungen zu nichtkommerziellen Zwecken müssen dabei begünstigt werden.

Die Piraten lehnen technische Schutzmaßnahmen (Digital-Rights-Management-Systeme) und deren rechtlichen Schutz aus informationsethischen, ökonomischen und technischen Gründen grundsätzlich ab. Die künstliche Verknappung bis hin zur Monopolisierung von Information gefährdet insbesondere die gesamtgesellschaftlichen Ziele von Bildung und Wissenschaft. Aus diesem Grund fordern wir allen Schrankenbestimmungen des Urheberrechts generell Vorrang gegenüber dem rechtlichen Schutz technischer Maßnahmen einzuräumen. Insofern kein gesetzliches Verbot der technischen Schutzmaßnahmen erfolgt, muss ein verbindliches, öffentlich kontrolliertes Lizenzierungsverfahren die rechtlich korrekte Anwendung bzw. Aussetzung der technischen Schutzmaßnahmen sicherstellen.

Begründung

Die Piraten sehen die Legalisierung der nichtkommerziellen Nutzung und Vervielfältigung von urheberrechtlich geschützten Werken als Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft an. Dies gilt in herausgehobenem Maße für den Bereich der Bildung und Wissenschaft.